

11.09.24

Antrag **des Landes Mecklenburg-Vorpommern**

Entschließung des Bundesrates zur zügigen Umsetzung einer nachhaltigen und generationengerechten Reform der Pflegeversicherung zur Sicherstellung der pflegerischen Versorgung

Der Chef der Staatskanzlei
des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Schwerin, 11. September 2024

An die
Präsidentin des Bundesrates
Frau Ministerpräsidentin
Manuela Schwesig

Sehr geehrte Frau Bundesratspräsidentin,

die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern hat beschlossen, dem Bundesrat die als Anlage beigefügte

Entschließung des Bundesrates zur zügigen Umsetzung einer
nachhaltigen und generationengerechten Reform der Pflegeversicherung
zur Sicherstellung der pflegerischen Versorgung

zuzuleiten.

Ich bitte Sie, die Vorlage gemäß § 36 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Bundesrates auf die Tagesordnung der 1047. Sitzung am 27. September 2024 zur Plenumsbefassung zu setzen und anschließend den Ausschüssen zur Beratung zuzuweisen.

Mit freundlichen Gren
Patrick Dahlemann

Entschließung des Bundesrates zur zügigen Umsetzung einer nachhaltigen und generationengerechten Reform der Pflegeversicherung zur Sicherstellung der pflegerischen Versorgung

Der Bundesrat möge beschließen:

Das System der gesetzlichen Pflegeversicherung gerät durch den demografischen Wandel, Rechtsänderungen der Vergangenheit, wie zum Beispiel durch das Pflegeunterstützungs- und Entlastungsgesetz (PUEG) und allgemeine Kostensteigerungen zunehmend unter Druck. Obgleich über 80 Prozent der Pflegebedürftigen in den eigenen vier Wänden versorgt werden. Aktuell entstehen im Pflegesystem enorme Mehrausgaben durch die steigende Zahl von Pflegebedürftigen, eine verbesserte Entlohnung der Pflegekräfte, die Anhebung der Leistungsbeträge und Leistungszuschläge, erhöhte Investitionsbedarfe der Pflegeeinrichtungen und allgemeine inflationsbedingte Preissteigerungen. Dem stehen mit dem Renteneintritt der stärksten deutschen Geburtsjahrgänge („Babyboomer“) sinkende Einnahmen gegenüber. Als Folge des demografischen Wandels nimmt das Erwerbspersonenpotential ab und der Mangel an professionellen Pflegekräften zu. Damit kommen die Ressourcen ambulanter, teil- und vollstationärer Pflegeeinrichtungen in ihrer jetzigen Ausrichtung und Struktur zunehmend an ihre Grenzen und es drohen mit regional unterschiedlicher Ausprägung Engpässe in der bedarfsgerechten Versorgung aller pflegebedürftigen Menschen. Daher ist die Situation für Millionen Pflegebedürftige und ihre Angehörigen dramatisch. Hier müssen Lösungen gefunden werden.

1. Der Bundesrat mahnt vor diesem Hintergrund die Umsetzung einer zeitnahen und ausgewogenen Reform der sozialen Pflegeversicherung durch die Bundesregierung an, um ihre nachhaltige und zukunfts feste Finanzierung sowie die pflegerische Versorgung der Versicherten sicherzustellen.
2. Der Bundesrat verweist auf den Bericht der Bundesregierung vom 3. Juli 2024 zur zukunfts sicheren Finanzierung der sozialen Pflegeversicherung. Der Bericht verdeutlicht, ohne erhebliche finanzwirksame Maßnahmen sowohl auf der Einnahmen- als auch der Ausgabenseite ist der langfristige Erhalt des Realwertes der Leistungen der sozialen Pflegeversicherung nicht möglich.
3. Zudem zeigt der Bericht der Bundesregierung die erheblichen positiven Wirkungen einer stärkeren Präventionsorientierung in der Langzeitpflege auf, die nicht nur die funktionale und subjektive Gesundheit verbessern, sondern ebenso einen deutlichen Beitrag zur finanziellen Entlastung der sozialen Pflegeversicherung leisten kann.
Weiterhin verweist der Bundesrat auf das von der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung auf Ebene der Amtschefinnen und Amtschefs (BLAG Pflegereform) erstellte Diskussionspapier zur Sicherstellung der pflegerischen Versorgung in der Langzeitpflege, das konkrete Vorschläge für gesetzgeberische Maßnahmen enthält.

4. Daher bekräftigt der Bundesrat seine Erwartung an die Bundesregierung, noch in dieser Legislaturperiode einen Gesetzesentwurf für eine zukunfts gesicherte Finanzierung der sozialen Pflegeversicherung verbunden mit Maßnahmen zur strukturellen Weiterentwicklung im Sinne der von der BLAG Pflegereform erarbeiteten Lösungsansätze unter umfassender Beteiligung der Länder vorzulegen.
5. Die Bundesregierung wird aufgefordert, Stellschrauben zur Entlastung der Ausgabenseite und zur Stärkung der Einnahmeseite der Pflegeversicherung mit der klaren Zielstellung zu entwickeln, dass die finanziellen Belastungen der Beitragszahler, der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen sowie der sonstigen Kostenträger in einem gerechten und ausgewogenen Verhältnis stehen und insbesondere die Pflegebedürftigen nicht unzumutbar belastet werden. Innovative Versorgungsmodelle sollten in Abstimmung mit den Ländern und den maßgeblichen Pflegeverbänden unter Einbeziehung der Organisationen von pflegenden Angehörigen erarbeitet werden.

Begründung:

Die Bundesregierung hat jüngst einen Bericht zur zukunfts sicheren Finanzierung der sozialen Pflegeversicherung vorgelegt, der Szenarien und Stellschrauben möglicher Reformen beschreibt. Parallel dazu hat die BLAG Pflegereform ein Diskussionspapier zur Sicherstellung der pflegerischen Versorgung in der Langzeitpflege mit konkreten Lösungsvorschlägen erarbeitet, das von den für Pflege zuständigen Ministerinnen und Ministern, Senatorinnen und Senatoren der Länder im Umlaufverfahren am 1. Juli 2024 unterstützt und die Aufforderung zur Umsetzung dem Bundesgesundheitsministerium übermittelt wurde. Damit liegen wesentliche Grundlagen für politische Entscheidungen vor. Nun müssen schnellstmöglich konkrete gesetzgeberische Schritte folgen.

Weil die demografische Entwicklung nicht nur die Beitragsstabilität der Pflegeversicherung gefährdet, sind frühzeitige Maßnahmen notwendig, um die Gesundheit und die Pflegeprävalenz nachhaltig zu verbessern. Diesbezüglich erwarten die Bundesländer entsprechende Initiativen. Zu berücksichtigen sind dabei die verzögerten Wirkungsmechanismen und der Finanzierungsbedarf an anderer Stelle.

Bereits im Zusammenhang mit dem Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz bestand bei den Bundesländern die Erwartung, dass eine grundlegende Reform des Finanzierungssystems der Pflegeversicherung erfolgt. Hierzu haben die Bundesländer konkrete Vorschläge unterbreitet und sind auch weiterhin bereit mitzuwirken. So regen die Länder unter anderem die kostendeckende Refinanzierung der Aufwendungen für die Leistungen der medizinischen Behandlungspflege in Pflegeheimen durch die gesetzliche Krankenversicherung an. Weitere Vorschläge sind die Herausnahme der Ausbildungsumlage nach dem Pflegeberufegesetz aus der Vergütung der allgemeinen Pflegeleistungen und ein finanzieller Zuschuss für die von der Pflegeversicherung geleisteten versicherungsfremden Leistungen aus dem Bundeshaushalt.

Im Zusammenhang mit der pflegerischen Versorgung fordern die Länder, schnellstmöglich folgende gesetzgeberische Maßnahmen zu ergreifen:

- Konkretisierung der Rolle und der verpflichtenden Aufgaben der Pflegekassen und Ausstattung mit geeigneten Instrumenten zur Sicherstellung der Versorgung. So ist Sorge dafür zu tragen, dass die Pflegekassen bei Feststellung individueller oder struktureller Versorgungsdefizite Möglichkeiten der Flexibilisierung des Leistungs- und Vergütungsrechts erhalten und nutzen.
- Ausbau der Beratungsangebote, unter anderem der präventiven Hausbesuche sowie der Beratungsbesuche in der Häuslichkeit.
- Sicherstellung eines flächendeckenden Angebots an Case-Management und seiner Refinanzierung unter Berücksichtigung der Verantwortlichkeit der Pflegekassen.
- Verfügbarmachung von geeigneten Daten zur Feststellung der Versorgungssituation und frühzeitigen Identifikation von Handlungsbedarfen an Länder und Kommunen.
- Vereinfachung des Verhandlungsgeschehens der Selbstverwaltung einschließlich der Vergütungsvereinbarungen, insbesondere durch Nutzung von Digitalisierungspotenzialen.

Wegen der Auswirkungen auf Länder und Kommunen besteht zudem die Erwartungshaltung einer frühen Einbeziehung in das Gesetzesvorhaben.